

Das Wochenmagazin der SPÖ www.spoe.at



Aktuelle

13. März 2009 - Nr. 10

Gastkommentar zur
Außenpolitik Österreichs von
Univ. Prof. Heinz Gärtner



Steuerentlastung der SPÖ-Regierung bringt:

- 16.000 neue Jobs
- Stärkung der Kaufkraft
- Mehr Geld für Familien



AK-Wahlen in OÖ und
Steiermark



SPÖ macht Außenpolitik
mit roter Handschrift



Schulreform: Es geht
um unsere Kinder

Das Thema Schule ist zu einem politischen Dauerbrenner geworden – und damit auch zu einem für „SPÖ Aktuell“. Kein Wunder, geht es doch um sehr viel – nämlich schlicht um die Zukunft unserer Kinder und damit um die Zukunft des Landes. Denn gut ausgebildete Arbeitskräfte sind der entscheidende Baustein für den Wirtschaftsstandort und die Wirtschaftskraft Österreichs. Die von Unterrichtsministerin Claudia Schmied eingeleiteten Schulreformen sind somit der Schlüssel für ein prosperierendes Morgen – wenn wir uns schon heute gemeinsam darum bemühen!

Die Regierung hat die ersten 100 Tage – traditionell die „Schonfrist“, die man einer Regierung gewährt – mit äußerst positiver Bilanz absolviert. Nach der innenpolitischen Bewertung (in der letzten Nummer von „SPÖ Aktuell“) stellen wir in dieser Ausgabe das außenpolitische Resümee dar.

Am 16. März starten AK-Wahlen in Oberösterreich, am 19. März in der Steiermark. Wir baten die FSG-Spitzenkandidaten Johann Kalliauer und Walter Rotschädel zum Word-Rap.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Schulreform	4
Außenpolitische Bilanz	6
Steuerentlastung	9
AK-Wahlen in OÖ und Steiermark ..	10
Gastkommentar zur Außenpolitik von Univ. Prof. Heinz Gärtner	14

FRAUMENTAG 2009

Mehr Fairness für Frauen

Der Internationale Frauentag ist für die Frauen in der Sozialdemokratie und die gesamte SPÖ traditionell ein besonderer Anlass, um sich für mehr Chancen für Frauen stark zu machen. Denn immer noch haben Frauen ein deutlich geringeres Einkommen als Männer – selbst wenn sie keine Kinder haben. Für die SPÖ-Frauen hieß es daher: „Jetzt nicht locker lassen. Fairness für Frauen“. Und Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek forderte transparente Einstiegsgehälter für mehr Einkommensgerechtigkeit. ◆

THEMEN DER WOCHE



SPÖ

Gesundheitsminister
Alois Stöger

Strengere Grenzwerte für Transfette

Gesundheitsminister Alois Stöger sagt den gefährlichen Transfetten, die vor allem in Pommes frites, Pizzen und Plundergepäck enthalten sind, den Kampf an. Bei zusammengesetzten Lebensmitteln mit einem Fettgehalt von weniger als 20 Prozent soll nur mehr ein Transfettsäuregehalt von bis zu vier Prozent erlaubt sein. Die strengeren Grenzwerte für Transfette sollen noch vor dem Sommer in Kraft treten. Österreich ist damit das zweite EU-Land nach Dänemark, das einen solchen Transfett-Grenzwert festsetzt. ◆

mitreden.spoe.at

Meinungsforum:
Hat die Regierung Ihre Erwartungen erfüllt?

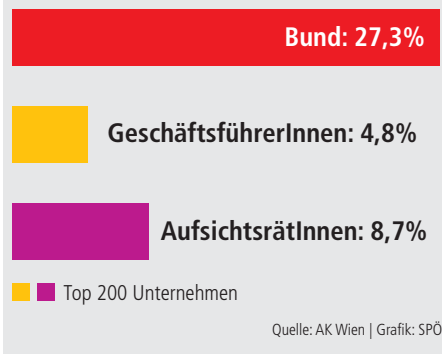
Seit 100 Tagen haben wir eine neue Regierung. Die Koalition ist angetreten, um nach Jahren der Konflikte wieder einen neuen Stil zu etablieren. Darüber hinaus musste man sich der Wirtschaftskrise stellen. Auch Reformen hat man sich vorgenommen, so will man bei der Verwaltung Einsparungen und in der Bildung Verbesserungen erzielen. Jetzt stellt sich die Frage, ob die Regierung die Erwartungen erfüllen konnte. Diskutieren Sie über die ersten 100 Tage der Regierung auf www.mitreden.spoe.at.



8. März: Frauenpower für die Sache der Frauen (v.l.n.r.: NR-Abg. Bayer, SP-Frauen-Geschäftsführerin Stadlbauer und NR-Präs. Prammer).

Frauenanteil Bund-Wirtschaft

APA



Hoher Frauenanteil im Bund

Mit 27,3 Prozent Frauen in Spitzenpositionen schneidet der Bund im Vergleich zur Wirtschaft gut ab. Nur 4,8 Prozent aller GeschäftsführerInnen sowie 8,7 Prozent der AufsichtsrätInnen der Top 200 Unternehmen sind Frauen. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek will das ändern: „Es ist ein ökonomischer Unsinn, auf das Potenzial von Frauen zu verzichten“. ◆

Zitat der Woche

„Ich kann nicht behaupten, der Ministerrat ist handlungsunfähig, wenn er mit der Gewerkschaft keinen gemeinsamen Nenner erzielt. Das steht nicht in unserer Bundesverfassung.“

Bundespräsident Heinz Fischer zur Schuldiskussion

Nationalrat beschließt Gewaltschutzpaket

Das Gewaltschutzpaket hat diese Woche den Nationalrat passiert. Das Gesetz, das im Wesentlichen noch von Ex-Justizministerin Maria Berger ausgearbeitet wurde, verbessert den Schutz vor Gewalt – insbesondere bei Kindern – und unterstützt die Opfer von Straftaten umfassend. Mit diesem Paket werden die in der Praxis aufgetretenen Defizite beseitigt, die einstweiligen Verfügungen zum Schutz vor Gewalt in der Familie bzw. vor Eingriffen in die Privatsphäre ausgeweitet, so Justizsprecher Hannes Jarolim. ◆



SPÖ

SPÖ-Justizsprecher
Hannes Jarolim



Zimmer

STANDPUNKT

Nur keine Reanimation des Neoliberalismus!

In der letzten Ausgabe des Nachrichtenmagazins „Profil“ wurde vom Herausgeber Christian Rainer ein Loblied auf den Neoliberalismus gesungen. Das kann so nicht unwidersprochen bleiben ...



Halada

Vorwärts: Wir kämpfen für ein neues, soziales, solidarisches und bürgernahes Europa.

In seinem Leitartikel argumentiert Rainer aufwändig, dass alle möglichen Akteure schuld an der Finanzkrise seien, nur nicht die Vertreter des Neoliberalismus. Eine Philosophie, die den „freien“ – was nichts anderes bedeutet, als der unregelte, unkontrollierte – Markt zum allein selig machenden Prinzip erhebt. Klar ist, dass die Vordenker des Neoliberalismus sich darin einig waren, dass die Eigentümer von Produktivkapital sich nicht nur Gewinne einstreifen, sondern auch die volle Haftung für ihre getroffenen Fehlentscheidungen tragen sollen. Gerade davon kann heute aber keine Rede mehr sein. Heute sind wir mit dem Phänomen konfrontiert, dass gerade jene, die es besonders eilig hatten, den Staat so weit und schnell wie möglich zurückzudrängen,

plötzlich jene sind, die umso lauter nach der schützenden, helfenden Hand des Staates rufen.

Selbstverständlich trägt auch „die Politik“ eine Mitverantwortung daran, dass in der Welt der Finanzmärkte die Dinge aus dem Ruder gelaufen sind. Zumindest jener Teil der Politik, der die Elitenbogensgesellschaft propagiert und die neoliberalen Märchen unterstützt und umgesetzt hat. Entpolitisierung diente diesem Finanzsystem als Krücke. Weder Jubel über den Zusammenbruch der neoliberalen Lehre, noch Zynismus sind angesichts der in ganz Europa steigenden Arbeitslosenzahlen angebracht, sondern eine neue europäische Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. Denn wenn 80 Millionen

Menschen in Europa armutsgefährdet sind, dann ist das die direkte Folge neoliberaler Auswüchse.

Es geht bei der Kritik am Neoliberalismus nicht um die Propagierung eines „nordkoreanischen Tauschhandels“, wie Christian Rainer unterstellt. Es geht um notwendige Regeln und um die Kontrolle ihrer Einhaltung. Wer den Ruf nach „weniger Staat“ als gescheitert sieht, tritt noch lange nicht für die Einführung einer kommunistischen Planwirtschaft ein. Es geht vielmehr darum, die „Marktreligiosität“ zu überwinden und Verteilungspolitik zu machen. „Mehr privat – weniger Staat“ hat wesentlich zur Krise beigetragen. Sowohl der Neoliberalismus als auch der Kommunismus haben Schiffbruch erlitten. Ihre Zeit ist endgültig vorbei.

Jetzt geht es darum, ein Wirtschaftssystem zu entwickeln, in dem eine soziale, geregelte Marktwirtschaft das bestimmende Element ist. Neue Spielregeln für die internationalen Finanzmärkte sind ein unerlässlicher Schritt, um die Fehler der Vergan-

„Sowohl der Neoliberalismus als auch der Kommunismus haben Schiffbruch erlitten. Ihre Zeit ist endgültig vorbei.“

genheit künftig zu vermeiden. Vor allem aber ziehen wir die Lehren und propagieren ein neues, soziales, solidarisches, demokratisches und bürgernahes Europa, anstatt uns in zynischen Schuldzuweisungen zu verzetteln. ♦

BILDUNG

Die bessere Schule

Nach den bleiernen Jahren der Gehrer-Schule hat Bildungsministerin Claudia Schmied mit ihren Reformen für frischen Wind gesorgt. Dieser Reformkurs muss fortgesetzt werden, denn Österreichs Jugend verdient die besten Schulen.

Kämpft entschlossen für die Verbesserung unserer Schulen: Bildungsministerin Claudia Schmied.



Der Befund ist dramatisch: Die Lernerfolge unserer Kinder hängen zum großen Teil von Bildungsgrad und Brieftasche der Eltern ab – und fast jeder dritte 15- bis 16-Jährige ist ein „Risikoschüler“. Allein diese zwei Kernaussagen der PISA-Studie 2006 zeigen, dass es dringend nötig ist, die von Ministerin Schmied eingeleiteten Bildungsreformen entschlossen weiterzuführen. „Denn diese hohe Zahl an Risikoschülern, die bei der Teilhabe am sozialen und beruflichen Leben benachteiligt sind, können und dürfen wir uns nicht leisten“, hat Schmied wiederholt bekräftigt. Kleinere Klassen, verstärkte Förderung und Bildungsstandards zur Qualitätssicherung sollen hier Abhilfe schaffen. Auch die Neue Mittelschule, die es mittlerweile österreichweit bereits an über 200 Standorten gibt, ist ein wesentlicher Schritt, damit die Chancengerechtigkeit endlich der Vergangenheit angehört.

Bildungsinvestitionen sind Zukunftsinvestitionen

Investitionen in die Bildung sind Investitionen in die Zukunft, die noch dazu Mehrfachnutzen haben. Sie schaffen Arbeitsplätze, sichern den Wohlstand des Landes und stärken den Wirtschaftsstandort. Doch Schmied hat bei den Budgetverhandlungen, enge Vorgaben erhalten. „Daher ist dieses Budget nur gemeinsam mit Strukturmaßnahmen darzustellen“, begründete Schmied ihren Vorstoß, die Arbeitszeit der Lehrer umzuschichten. Dieser Vorschlag ist allerdings „nicht in Stein gemeißelt“, sie sei offen für alternative Vorschläge seitens der Lehrer-Gewerkschaft, so Schmied, die auch betonte, dass sie „dafür bürgt, dass alle LehrerInnen, die derzeit im Schulsystem sind, weiter beschäftigt werden“. Vorstellbar ist für Schmied, dass die Anhebung der

Unterrichtspflichtung für die LehrerInnen um zwei Stunden befristet erfolgt – und zwar auf zwei Jahre. Auch könnte die Maßnahme an ein neues Dienst- und Besoldungsrecht gekoppelt werden, das in der Zwischenzeit entwickelt wird. Das Thema Schule war auch Schwerpunkt einer

INTERVIEW

„Schulen müssen schülerInnen-, lehrerInnen- und praxisgerecht sein“

SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer im „SPÖ Aktuell-Interview: über die Neue Mittelschule und bessere Arbeitsplätze für LehrerInnen.

SPÖ Aktuell: Der aktuelle PISA-Expertenbericht belegt die Notwendigkeit von Reformen im Bildungsbereich. Was muss aus Ihrer Sicht vordringlich verbessert werden?

Elmar Mayer: Für mich ist klar, dass wir eine stärkere Individualisierung des Unterrichts und eine gemeinsame Ausbildung aller PädagogInnen auf universitärem Niveau brauchen. Mit der Neuen Mittelschule sind wir bei der Bekämpfung der Chancengerechtigkeit auf bestem Weg.

Gerade die so genannten helfenden Be-

rufe sind Burnout-gefährdet. Wie kann man dem entgegenwirken?

Elmar Mayer: Das Burn-Out-Syndrom hat nicht unbedingt mit der Stundenzahl im Klassenzimmer zu tun. Oft hängt es damit zusammen, dass LehrerInnen keine Perspektive sehen. Daher hat Ministerin Schmied auch betont, dass LehrerInnen Karrieremöglichkeiten und im Rahmen höherer Durchlässigkeit Umstiegsmöglichkeiten brauchen. Ergänzt werden soll das durch ein neues Besoldungsrecht mit attraktiven Einstiegsgehältern und durch die neue LehrerInnenausbildung.

Zum Thema Arbeitsraum Schule: Was muss sich Ihrer Meinung nach hier ändern?

Elmar Mayer: Unsere Schulen müssen zum Lebensraum für Bildung werden. Die Schule der Zukunft muss schüler-, lehrer- und praxisgerecht sein. Das LehrerInnenteam muss dabei durch schulinterne SozialpädagogenInnen und PsychologenInnen ergänzt werden. Besondere Bedeutung hat hier auch die von Ministerin Schmied bekräftigte Verbesserung der Arbeitsplätze für LehrerInnen.

ist unverzichtbar



Aktuellen Stunde im Nationalrat. Klubobmann Josef Cap stellte fest, die Schwerpunktsetzung, dass es um die Kinder geht, fehle oft in der derzeitigen Debatte. Cap sprach sich klar gegen ein LehrerInnen-Bashing aus. Der eine oder andere LehrerInnenvertreter hätte jedoch „ein Problem

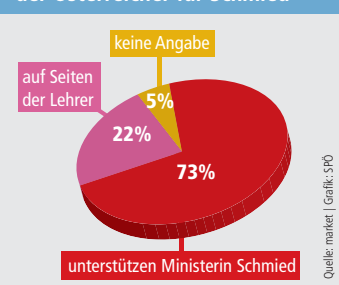
mit den Jahrhunderten“. Bundeskanzler Werner Faymann stellt sich jedenfalls voll hinter Schmieds Reformkurs. Denn eine „klare Handlung der Politik für eine bessere Schule, wie sie Claudia Schmied vorgeschlagen hat, ist unverzichtbar“.

„Für die Kinder ist dieses Ausbildungssystem, und für unsere Kinder sind diese Schulen – und deswegen setzen wir uns auch so dafür ein.“

Klubobmann Josef Cap

HINTERGRUND

Lehrer-Arbeitszeit: Drei Viertel der Österreicher für Schmied



Große Unterstützung für Schmied

Fast drei Viertel der Österreicher unterstützen Ministerin Schmied bei ihrem Vorstoß in Richtung Umschichtung der LehrerInnen-Arbeitszeit hin zu den Kindern. Auch bei den Sympathiewerten ist Schmied im Aufwind: Sie hat zuletzt um vier Prozentpunkte zugelegt und ist damit auf Platz 4 der beliebtesten PolitikerInnen.

INTERVIEW

„Motivierte SchülerInnen, motivierte LehrerInnen“

Klaus Baumgartner, Vorsitzender der Aktion kritischer SchülerInnen (AKS), tritt für eine sozial gerechte Schule ein. Die Umschichtung der Lehrer-Arbeitszeit hält er für zumutbar: LehrerInnen sollen mehr Zeit mit den Schülern, statt mit Administration verbringen.

SPÖ Aktuell: Was ist aus Sicht des SchülerInnenvertreters dringend im Bildungssystem anzupacken?

Klaus Baumgartner: Wir wollen vor allem eine sozial gerechte, angstfreie und demokratische Schule. Eine Schule, in der die SchülerInnen mitbestimmen können – auch über den Unterricht. Wesentlich für uns ist auch der flächendeckende Ausbau der Neuen Mittelschule. Eines darf aber auf keinen Fall passieren, nämlich ein Sparen auf Kosten der SchülerInnen und der Unterrichtsqualität. Die Bildungsre-

formen müssen jetzt mit Volldampf weitergehen.

Zum Thema Verlagerung der LehrerInnen-Arbeitszeit: Ist das für dich eine den Lehrern zumutbare Maßnahme?

Klaus Baumgartner: Die entscheidende Frage ist es weniger, wie viele Stunden die LehrerInnen arbeiten, sondern wie und wo die LehrerInnen arbeiten. Wenn die Zeitemschichtung so genutzt wird, dass damit – so wie Ministerin Schmied sagt – Projekte wie kleinere Klassen und Förderunterricht weiterhin

möglich sind, ist das gut und zu begrüßen. Wichtig ist, dass die LehrerInnen mehr Zeit mit den SchülerInnen verbringen und nicht mit administrativen Tätigkeiten.

Wie soll die Schule der Zukunft aussehen?

Klaus Baumgartner: Idealerweise gibt es in der Schule der Zukunft eine Aufwärtsspirale: Motivierte SchülerInnen und motivierte LehrerInnen motivieren sich gegenseitig. Dafür braucht es auch eine Schule, die Stärken und individuelle Talente fördert.

AUSSENPOLITIK

Unterwegs für

Ob Berlin, Prag oder Paris – Bundeskanzler Faymann ist der Garant dafür, dass Österreich ein gern gesehener Partner in Europa ist.

Mit der deutschen Bundeskanzlerin Merkel beriet Werner Faymann über die wirtschaftliche Situation in Osteuropa.



APA

In einer globalisierten Welt ist es unumgänglich, gute Kontakte zu anderen Staaten zu pflegen. Viele Probleme, wie Klimawandel, grenzüberschreitende Kriminalität oder – wie derzeit aktuell – die Finanz- und Wirtschaftskrise können nur mehr auf multinationaler Ebene gelöst werden, der Einzelstaat steht diesen Problematiken machtlos gegenüber. Aus diesem Grund ist es für Bundeskanzler Werner Faymann besonders wichtig, sich außenpolitisch zu positionieren und strategische Partner für die Umsetzung gemeinsamer Projekte zu suchen. Insbesondere innerhalb der Europäischen Union gilt es, einen aktiven Part zu spielen, um die EU nachhaltig mitgestalten zu können. Bereits kurz nach seinem Amtsantritt hatte Werner Faymann seinen ersten Auftritt bei einem EU-Gipfel. Die Themen dort: Klimaschutz und Ankurbelung der europäischen Konjunktur. Erfreuliche Ergebnisse des Gipfels waren ein gesamteuropäisches Konjunkturpaket von rund 200 Milliarden Euro und ein Durchbruch beim Klimaschutz: Bis 2020 20 Prozent weniger CO₂-Emissionen und 20 Prozent mehr erneuerbare Energie.

Erstes Auslandsziel: Die Schweiz

Sein erster bilateraler Besuch führte Werner Faymann in die Schweiz, wo er mit dem Schweizer Bundespräsidenten, Finanzminister Hans-Rudolf Merz zusammentraf. Einig war man sich, dass man die Wirtschaftskrise gemeinsam bekämpfen wolle, denn „die Summe der Maßnahmen hat mehr Kraft und Bedeutung als Einzelmaßnahmen“, wie Faymann betonte.

Osteuropa-Hilfe, Temelin und Wirtschaftskrise

Ende Jänner standen zwei wichtige Destinationen auf dem Reiseplan des Kanzlers,

Österreich



Der österreichische Bundeskanzler mit Kommissionspräsident Barroso (oben), dem schwedischen Ministerpräsidenten Reinfeldt (oben rechts) und dem kroatischen Ministerpräsidenten Ivo Sanader (rechts).



Fotos: BKA



er besuchte Berlin und Prag. In Berlin sprach Faymann mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel über die wirtschaftliche Situation in Osteuropa und etwaige Unterstützungsmaßnahmen für die Region, überdies diskutierte man die Situation der Banken und beriet, was zu tun sei, sollten bereits beschlossene Bankenkampakete nicht ausreichen. In Tschechien, jenes Land, das derzeit den EU-Vorsitz inne hat, stand ein Thema auf der Tagesordnung, das die Gemüter der Österreicher bereits seit Jahren bewegt: nämlich das Atomkraftwerk Temelin. Faymann machte erneut die ablehnende Haltung Österreichs bezüglich der Atomkraft deutlich und erläuterte, dass sich Österreich auch weiterhin engagiert in der Frage der Atomkraft zu Wort melden wird. Trotz aller Differenzen zwischen Österreich und Tschechien in Fragen der Atomkraft gibt es auch Gemeinsamkeiten, was die Zukunft der Energieversorgung betrifft. Beide Länder wollen eine größere Bandbreite an Energiequellen nützen.

Anfang März stattete Faymann auch dem französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy einen Besuch im Elysee-Palast ab. In Paris stand, wie bei den anderen

Auslandreisen Faymanns, die Wirtschaftskrise im Mittelpunkt. Beide bekräftigten, sich dafür einzusetzen, dass sich die EU auch außerhalb der Eurozone verstärkt engagieren müsse, denn „die EU darf nicht in zwei Teile zerfallen“, so Faymann. Sarkozy erklärte gegenüber dem österreichischen Bundeskanzler, dass er sehr viel Wert auf die Unterstützung Österreichs legt, wenn es um die Krisenbewältigung geht, Österreich „steht auf Seiten der Aktivität“.

Künftiger EU-Vorsitzender Reinfeldt in Wien

Faymann bereiste nicht nur Europa, er empfing auch zahlreiche Staatsgäste in Österreich, wie etwa den schwedischen Ministerpräsidenten Fredrik Reinfeldt. Schweden übernimmt nach Tschechien den EU-Vorsitz im zweiten Halbjahr 2009. Reinfeldt skizzierte daher in Österreich die Schwerpunkte der schwedischen Präsidentschaft: Die Zukunft des Lissabonvertrages, die Bekämpfung der internationalen Kriminalität und das Treffen von Kopenhagen, wo es um erneuerbare Energien gehen muss, stehen auf der Arbeitsagenda der Schweden.



Mit Vaclav Klaus (links) und Mirek Topolánek (oben) sprach Faymann in Tschechien über das Atomkraftwerk Temelin.

Enge Beziehungen mit Kroatien

Ein für Österreich besonders wichtiger Gast war der Ministerpräsident der Republik Kroatien, Ivo Sanader. Österreich unterhält enge wirtschaftliche Beziehungen mit Kroatien, so hat im Jahr 2007 das Handelsvolumen die Zwei-Milliarden-Grenze überschritten. Österreich hat daher ein großes Interesse an einem EU-Beitritt Kroatiens. Wie Faymann dem Staatsgast versicherte, werde man sich in dieser Frage auch in Zukunft für Kroatien stark machen. Ebenfalls unterstützen wolle man die Staaten des Balkans hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Stabilität, denn es gilt, so Faymann „auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zusammenzuhalten“.

AUSSENPOLITIK

Österreichs Platz in der Welt

Die Außenpolitik der SPÖ hat eine lange Tradition – von Kreiskys Engagement im Nahen Osten bis hin zur aktuellen Mission im Tschad.



Die SPÖ-Abgeordnete Elisabeth Grossmann konnte sich im Tschad über die Situation informieren – nach dem Besuch war für sie klar: Die Tschad-Mission ist ein voller Erfolg.

Für die Sozialdemokratie hat Außenpolitik seit jeher einen besonderen Stellenwert. Erinnern wir uns an Bruno Kreisky, dessen Ära geprägt war von einer aktiven Neutralitätspolitik. Kreisky ist es gelungen, die Vermittlerrolle in wichtigen Konflikten einzunehmen, wie etwa dem Nah-Ost-Konflikt. Unter Bruno Kreisky avancierte Wien zu einem wichtigen UNO-Stützpunkt, es gelang dem früheren Bundeskanzler, große UN-Konferenzen nach Wien zu holen. Große Bedeutung maß Kreisky auch den Staaten der dritten Welt bei, er trat in den Dialog mit den Staatsführern der Dritten Welt und ersetzte sich vehement gegen Diktaturen und Menschenrechtsverletzungen ein.

Erfolgreicher Einsatz im Tschad

Sich nicht vor den Problemen der anderen Staaten verschließen ist auch heute noch ein Leitmotiv der sozialdemokratischen Außenpolitik. Deshalb wurde von Verteidigungsminister Norbert Darabos auch nicht gezögert, als es darum ging, die Menschen im Tschad zu unterstützen und an der EUFOR-Mission teilzunehmen. 160 österrei-

chische Soldaten versehen seit dem Frühjahr 2008 ihren Dienst im Tschad, trotz aller Unkenrufe war die EUFOR-Mission bisher ein voller Erfolg. Hunderttausende Flüchtlinge konnten geschützt werden und den Straßenräubern konnte Einhalt geboten werden. Erstmals seit 2004 hat es zum Ende der Regenzeit keine Angriffe der Rebellen auf Flüchtlinge gegeben. Von der Wichtigkeit des Tschad-Einsatzes der österreichischen Soldaten konnte sich auch die SPÖ-Bereichssprecherin für Europa und Außenpolitik, Elisabeth Grossmann, überzeugen. Sie reiste als Mitglied einer WEU-Delegation im Jänner in den Tschad. Ziel der Delegationsreise war es, zu bewerten, ob eine Fortführung der Tschad-Mission und somit eine Teilnahme an der Nachfolgemission MINURCAT (United Nations Mission in the Central African Republic and Chad) sinnvoll ist.

Grossmann, die im Tschad mit Soldaten sowie mit der Bevölkerung sprechen konnte, hält eine Verlängerung für notwendig, denn „es wäre absolut falsch, auf halber Strecke umzukehren und die Menschen ih-

rem Schicksal zu überlassen“. „Die Menschen in der Region haben sich noch nie so sicher gefühlt und ersuchen die internationale Gemeinschaft dringend, sie nicht im Stich zu lassen“, berichtet Grossmann. Sie gab deshalb im Rat für Integrationsfragen und Außenpolitik die Empfehlung ab, dass Österreich auch weiterhin im Tschad Präsenz zeigen soll. Dieser Meinung waren auch Verteidigungsminister Darabos und Außenminister Spindelegger, die eine Verlängerung befürworteten. Ende Februar wurde die Teilnahme an MINURCAT im Hauptausschuss des Nationalrats bestätigt. Am 14. März übernahm nun die

UNO-Mission von der EUFOR die Verantwortung für den Einsatz im Tschad. Das österreichische Kontingent unter UNO-Flagge wird 130 Soldaten umfassen, es wird als Logistik-einheit für den Transport der Versorgungsgüter verantwortlich sein.



SPÖ-Bereichssprecherin für internationale Entwicklung, Petra Bayr

Nach Wirtschaftskrise Entwicklungshilfegelder aufstocken

Doch nicht nur mittels Auslandseinsätzen engagiert sich Österreich, auch die Entwicklungshilfe ist ein wichtiger Faktor, um die Staaten der Dritten Welt zu unterstützen. Im Bereich der Entwicklungshilfe hat Österreich im Vergleich zu anderen europäischen Staaten noch Nachholbedarf. Man hat sich zwar vorgenommen, bis 2015 das Millennium-Ziel von 0,7 Prozent des BIP zu erreichen, im Jahr 2007 hat Österreich lediglich 0,49 Prozent des BIP für Entwicklungshilfe ausgegeben. Derzeit sind in Österreich aber die budgetären Rahmenbedingungen nicht gegeben, um die Entwicklungshilfe zu erhöhen, die Wirtschaftskrise zwingt alle Ressorts zu Einsparungen. Die SPÖ-Bereichssprecherin für internationale Entwicklung, Petra Bayr, plädiert daher dafür, dass nach Ende der Wirtschaftskrise die Mittel umso rascher aufgestockt werden müssen, denn „eine Abschottung gegenüber den Problemen der ärmeren Staaten kann zukünftig katastrophale Auswirkungen haben“. ♦

STEUERENTLASTUNG

Starker Impuls für Beschäftigung

Die Steuerentlastung und das Familienpaket leisten einen wesentlichen Beitrag zur Ankurbelung des Konsums. Und es wird damit für tausende neue Jobs gesorgt.



Finanzstaatssekretär Andreas Schieder ist von der Wirksamkeit der Steuerentlastung überzeugt.

Die von der SPÖ geforderte und letztlich auch durchgesetzte vorgezogene Steuerentlastung bringt insbesondere eine Stärkung der Kaufkraft. Erwartet wird, dass es zu einem Wachstum der Wirtschaft um 0,7 Prozent des BIP kommt. Und die Steuerentlastung bringt, was in der aktuellen Wirtschaftskrise von enormer Bedeutung ist, nämlich wichtige Beschäftigungsimpulse. So werden laut Berechnungen des WIFO durch die Steuerreform etwa 13.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Durch die Konzentration der Entlastung auf die unterste und mittlere Einkommensgruppe werden rund

1,8 Milliarden Euro jährlich direkt in den Konsum fließen, so Finanzstaatssekretär Andreas Schieder.

Demnach steigt der Konsum umso mehr, je niedriger das Einkommen ist. Über alle Einkommensgruppen gerechnet fließen bei einer Entlastung von einer Milliarde Euro beinahe 600 Mio. sofort in den Konsum. Langfristig ist sogar zu erwarten, dass die gesamte Entlastungssumme weitergegeben wird und damit als natürlicher Stabilisator der Konjunktur dient. Die Profiteure dieses Konsumimpulses werden vor allem der Handel (Bekleidung, Schuh, Kfz) und das Tourismus- und Gastgewerbe sein.

Zimmer Steuerentlastung abgesegnet

Die Steuerentlastung wurde diese Woche im Parlament beschlossen und tritt rückwirkend mit 1. Jänner in Kraft. Die Rückzahlung der bis dahin zu viel gezahlten Lohnsteuersoll spätestens im Juni erfolgen, so Schieder. Um das sicherzustellen, wurde diese Woche ein Abänderungsantrag eingebracht, mit dem Unternehmen prinzipiell dazu verpflichtet werden, rückzuverrechnen – und wenn die technischen und organisatorischen Möglichkeiten nicht gegeben sind, soll dies spätestens bis 30. Juni 2009 umgesetzt werden.

Die Eckpunkte der Steuerentlastung:

- ▶ 2,3 Mrd. Euro für die Lohn- und Einkommensteuertarifentlastung;
- ▶ 2,7 Mio. Menschen zahlen keine Lohnsteuer. 160.000 Menschen kommen durch die Steuerentlastung hinzu, da der Grenzwert von 1.000 auf 1.100 Euro angehoben wurde;
- ▶ 88 Prozent des Volumens der Steuerentlastung kommen Menschen mit Einkommen bis 4.000 Euro brutto zugute;
- ▶ Alle Steuerzahler werden entlastet, jedoch mit einer Deckelung bei den obersten Einkommensbezieher (5.800 Euro brutto). Grundsätzlich wirkt die Entlastung bei den niedrigeren Einkommen prozentuell stärker;
- ▶ Für Jahreseinkommen unter 25.000 Euro wurde der Grenzsteuersatz von 38,33 auf 36,50 Prozent gesenkt. ♦

ZUM THEMA

Kein Grund für Schwarzmalerei

In einigen deutschen Medien wird über einen drohenden Staatsbankrott Österreichs gemutmaßt. Um eines gleich vorwegzunehmen: Diese Berichte entbehren jeglicher Grundlage. Denn trotz Wirtschaftskrise steht Österreich im EU-Vergleich sehr gut da. Der Schuldenstand von 62,3 Prozent liegt unter dem EU-Durchschnitt, und – trotz Anstiegs – Österreich hat weiterhin die zweitniedrigste Arbeitslosenrate in der EU. Das liegt auch daran, dass die Regierung in den ersten rund 100 Tagen etliches

umgesetzt hat: So hat man ein Bankenpaket und Konjunkturpakete geschnürt, eine Tarifreform wurde beschlossen, es wurde eine Milliarde Euro in aktive Arbeitsmarktpolitik investiert und man hat die Kredite im Bereich des AWS erhöht. Damit könne man auch jenen „Parol bieten“, die Österreich aufgrund des starken Engagements im Osten als besonders gefährdet einstufen, so Bundeskanzler Werner Faymann. Österreich leiste derzeit wegen des Ost- risikos ein Prozent mehr an Zahlungen als

Deutschland, dies würde sich mit 200 Millionen auf das Budget niederschlagen. Dies „beschäftigt uns massiv“, trotz allem seien die Signale für Stabilität in Österreich stark genug. Österreich habe sich in der EU dafür stark gemacht, die Länder Osteuropas zu unterstützen, denn „wir werden keines dieser EU-Mitglieder und Handelspartner im Stich lassen“, so Faymann. „Mit Schwarzmalerei lässt sich die Zukunft des Landes jedenfalls nicht bestreiten“, hielt der Bundeskanzler fest.

AK-WAHLEN IN OÖ UND STEIERMARK

Arbeit, Einkommen und Zukunft sichern

Weitere zwei Bundesländer gehen in die heiße Phase des AK-Wahlkampfes. Ab 16. März wird in Oberösterreich, ab 19. März in der Steiermark gewählt.

Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise kommt einer starken ArbeitnehmerInnen-Vertretung eine besondere Bedeutung zu. Denn, wie Walter Rotschädl, der steirische AK-Präsident und FSG-Spitzenkandidat treffend formuliert: „Die Suppe wurde uns von den neoliberalen Wirtschaftspolitikern eingebrockt – auslöffeln müssen es in erster Linie die Beschäftigten.“ Ein Drittel der steirischen Arbeitnehmer fühlt sich von der Krise bedroht, so eine aktuelle Umfrage im Auftrag der steirischen Arbeiterkammer. Daher gilt es gerade jetzt, alle arbeitsmarktpolitischen Instrumente zu nutzen, um Arbeitslosigkeit so gut wie möglich zu verhindern.

Starke AK zur Sicherheit der Menschen

„Einkommen und Arbeit sichern“ steht auch für die FSG Oberösterreich im Mittelpunkt ihrer Arbeit für die nächsten Jahre. Das industriereiche Bundesland ist besonders von den negativen Folgen der Wirtschaftskrise wie Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit betroffen. Die AK Oberösterreich, unter der Führung des FSG-Spitzenkandidaten Johann Kalliauer, fordert daher eine Infrastrukturoffensive, ein Konjunkturpaket für die Gemeinden und zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit die Bildung einer Jugend-Ausbildungsgesellschaft.

Die nächsten AK-Wahltermine und FSG Spitzenkandidaten:

AK Burgenland: 23. – 31. März
FSG-Spitzenkandidat: AK-Präsident
Alfred Schreiner

AK Kärnten: 20. – 30. April
FSG-Spitzenkandidat: AK-Präsident
Günther Goach

AK Niederösterreich: 5. – 18. Mai
FSG-Spitzenkandidat: AK Vizepräsident
Herman Haneder

AK Wien: 5. – 18. Mai
FSG-Spitzenkandidat: AK-Präsident
Herbert Tumpel

Spitzenkandidat der FSG-Oberösterreich Johann Kalliauer



Die FSG ist für Oberösterreich so wichtig weil ... wir die starke Stimme der ArbeitnehmerInnen sind und immer wieder Erfolge für die ArbeitnehmerInnen erreichen.

Meine Antwort auf die Herausforderungen der nächsten Jahre ist ..., eine offensive Wirtschaftspolitik, die Arbeit schafft: Investitionen der öffentlichen Hand und kräftige Lohnsteuersenkung zur Erhöhung der Kaufkraft.

Mein Schwerpunkt ist ... die Sicherung von Arbeit und Einkommen. Der Staat darf nicht nur gefährdete Banken mit Milliardenbeträgen retten, er muss auch mit umfangreichen Investitionen in Bildung, Gesundheit und Infrastruktur die Nachfrage kräftig ankurbeln.

FSG für die ArbeitnehmerInnen bedeutet ..., dass die Anliegen der arbeitenden Menschen in der Krise des Spekulationskapitalismus nicht unter die Räder kommen. Der Kampf um jeden Arbeitsplatz lohnt sich.

Wir wollen für ArbeitnehmerInnen erreichen ..., dass sie Arbeit zu menschenwürdigen Bedingungen haben, von der sie auch leben können. ♦

Spitzenkandidat der FSG-Steiermark Walter Rotschädl



Die FSG ist für die Steiermark so wichtig, weil ... wir diejenigen sind, die kompromisslos an der Seite der ArbeitnehmerInnen stehen.

Meine Antwort auf die Herausforderungen der nächsten Jahre ist ..., die Konjunktur mit öffentlicher Nachfrage zu stimulieren und die Investition von beruflicher Weiterbildung durch Unternehmen.

Mein Schwerpunkt ist ... der Kampf um jeden Arbeitsplatz mit allen möglichen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten. Es müssen die richtigen Maßnahmen zum Meistern der Krise gesetzt werden.

FSG für die ArbeitnehmerInnen bedeutet ..., Eintreten für soziale Gerechtigkeit und die Durchsetzung von Rechten am Arbeitsplatz. Die Interessen der ArbeitnehmerInnen stehen dabei im Mittelpunkt.

Wir wollen für ArbeitnehmerInnen erreichen ..., dass wir die Krise ohne Massenarbeitslosigkeit durchtauchen können und Unternehmen ihre soziale Verantwortung wahrnehmen. ♦

Sachbuch

Schwarzbuch Kapitalismus

Eine Analyse der großen industriellen Revolutionen und deren Auswirkung auf das System Arbeit-Einkommen-Warenkonsum.

Die weltweite Finanzkrise vernichtet in jeder Minute mehr Kapital als sich selbst gutbezahlte Investmentbanker in ihren kühnsten Träumen vorstellen können. Der Weltkonjunktur droht eine lang anhaltende Depression. Wenn nach dem Sozialismus auch der Kapitalismus pleite geht, werden die Grenzen der modernen Produktions- und Lebensweisen deutlich, konstatiert Kurz. In einer brillanten und provokanten Analyse der drei großen industriellen Revolutionen zeigt der Autor, weshalb die

Wachstumsdynamik der letzten 200 Jahre zwangsläufig erlischt und warum das bisherige System von Arbeit, Geldeinkommen und Warenkonsum nicht mehr zu retten ist. „Das Schwarzbuch Kapitalismus“, mit dem Robert Kurz ein großer Wurf, ein wahrhaft notwendiger Protest gelungen ist, richtet sich an alle, die noch nicht gänzlich „verhausschweint“ sind und das totalitär gewordene kapitalistische Konkurrenzsystem zu ihrer privaten Innenausstattung gemacht haben“, so „Die Zeit“.

Krimi

Der stumme Tod

Berlin in den 30er-Jahren: Kutscher zieht hinein in eine Zeit, die unserer Gegenwart viel näher ist als man glaubt.

Die gefeierte Schauspielerin Betty Winter wird bei Dreharbeiten zu einem Tonfilm von einem Scheinwerfer erschlagen und zunächst sieht alles nach einem Unfall aus. Bis Gereon Rath, der Kölner Kommissar in der Berliner Mordinspektion, Indizien entdeckt, die auf Mord hindeuten. Während die Kollegen den flüchtigen Beleuchterverdächtigen, ermittelt Rath auf eigene Faust in eine andere Richtung – und steht schnell alleine da. Eine zweite Schauspielerin wird tot aufgefunden und gibt der Polizei Rätsel

auf. Die Ermittlungen führen Rath zwischen die Fronten rivalisierender Filmproduzenten, ins Berliner Chinesenviertel, in die Unterwelt – und hart an die Grenzen der Legalität. Während es bei der Beerdigung von Horst Wessel zu Schlägereien zwischen Nazis und Kommunisten kommt, muss Rath seinem Vorgesetzten Böhm aus dem Weg gehen, der ihn von dem Fall abziehen will. Volker Kutscher gelingt es, nahtlos an seinen Bestseller „Der nasse Fisch“ anzuknüpfen.

Sachbuch

Scheinheilige Geschäfte

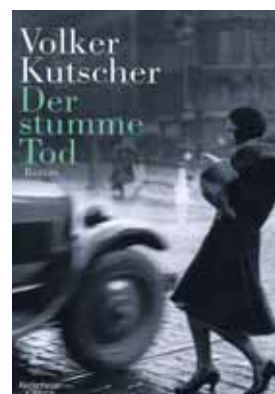
Wer wissen will, was der Vatikan tatsächlich mit dem Geld seiner Gläubigen macht, kommt an diesem Buch nicht vorbei.

Nach dem Skandal um die Mafia-Verstrickungen der Vatikanbank in den 1980er Jahren galten die Finanzen des kleinsten Staates der Welt als zerrüttet. Heute sind die Kassen des Vatikans wohl gefüllt: dank Spendenrekorden, einer umfassenden Steuerbefreiung und lukrativen Nebeneinkünften. Um die Transparenz ist es weniger gut bestellt: Was der Kirche an Geldern zufließt und wofür sie sie ausgibt, ist ein streng gehütetes Geheimnis. Curzio Maltese blickt hinter diese Mauern des

Schweigens. Entgegen aller Annahmen kommt nur ein Fünftel der Einkünfte aus der Kirchensteuer wohltätigen Zwecken zugute. Die Kirche ist Italiens größter Immobilienbesitzer und Tourismusmanager – und zahlt keinen Cent Steuern, wenn sie Hotels betreibt und einträgliche (Pilger-) Reisen organisiert. Der Vatikan, für internationale Anleger ein Steuerparadies, kostet den italienischen Steuerzahler mehr als Staatsverwaltung und Parlament zusammengekommen.

☐ Stk.


Robert Kurz:
Schwarzbuch Kapitalismus.
Eichborn Verlag,
Frankfurt, 2009;
827 Seiten, 25,70 €

☐ Stk.


Volker Kutscher:
Der stumme Tod
Kiepenheuer & Witsch,
Köln 2009;
541 Seiten, 20,50 €

☐ Stk.


Curzio Maltese:
Scheinheilige Geschäfte.
Die Finanzen des Vatikans.
Kunstmann Verlag,
München, 2009;
158 Seiten, 17,40 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



SPÖ

„SP-Organisationen sind Stützen der Partei“



Ein besonders großes Anliegen von Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter ist die verstärkte und bessere Vernetzung mit den zahlreichen sozialdemokratischen Organisationen.

Das gemeinsame Treffen und Kennenlernen mit VertreterInnen aus 27 sozialdemokratischen Organisationen am 10. Februar war der Auftakt zur besseren Vernetzung der sozialdemokratischen Familie (SPÖ Aktuell berichtete darüber). In den vergangenen Wochen hat Günther Kräuter nun unter anderem Volkshilfe-Bundesgeschäftsführer Erich Fenninger, Mietervereinigung-Präsidenten Georg Niedermühlbichler, den Bundessekretär des Arbeitersamariterbundes Reinhard Hundsmüller, BSA-Generalsekretär Georg Appl, ASKÖ-Generalsekretär Michael Maurer und zahlreiche weitere VertreterInnen von Organisationen, wie den Freiheitskämpfern oder den SPÖ-Bauern getroffen, um mit ihnen über ihre Projekte und Schwerpunkte, weitere Kooperatio-

nen, aber auch über Probleme, Sorgen und Anliegen zu sprechen.

Topmotivierte Teams

Besonders positiv fielen dem SPÖ-Bundesgeschäftsführer die vielen topmotivierten MitarbeiterInnen und Führungsspitzen auf. „Ich bin von der Arbeit und den verschiedenen Programmschwerpunkten unserer Freunde und Freundinnen in den Organisationen fasziniert und begeistert. Das große Fachwissen innerhalb unserer großen SPÖ-Familie kann durch eine verstärkte Kooperation mit der Bundespartei für die SPÖ nur vorteilhaft sein. Die sozialdemokratischen Organisationen zählen zu den Stützen unserer Partei“, ist Kräuter überzeugt.

Die Tour de Force durch die einzelnen sozialdemokratischen Organisationen wird Kräuter in den nächsten Wochen fortsetzen. Und eine große Runde, in der wieder alle Organisationen gemeinsam vertreten sind, ist für Ende März geplant. ♦

Für besseres Networking der SPÖ-Organisationen setzt sich Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter ein.

BURGENLAND

Land belebt Konjunktur durch Bauvorhaben



Mit Investitionen in der Höhe von 3,1 Millionen Euro im Bereich des Hochbaus wurden wichtige Impulse für eine Abfederung der schwierigen Wirtschaftssituation mit den Stimmen der SP-Regierungsmitglieder beschlossen. Wie Finanzlan-

desrat Helmut Bieler erläutert, umfasst das Investitionspaket die Generalsanierung des Landhauses Neu, Sanierungsmaßnahmen und Verkabelungsarbeiten im Landhaus Alt sowie eine Erweiterung und Generalsanierung des Bau- und Betriebsdienstleistungszentrum Süd im Bereich der Baudirektion in Oberwart.



SPÖ Burgenland

Finanzlandesrat Helmut Bieler

STEIERMARK

Wiedereinstieg leicht gemacht



Unter dem Titel „(Ich) komme wieder!“ hat die Personalabteilung des Landes Steiermark ein Informationspaket zusammengestellt, das sowohl jungen Müttern im Landesdienst als auch den Führungskräften hilft, den Wiedereinstieg

nach der Karenz gut zu gestalten. „Familienfreundlichkeit rechnet sich auch für Betriebe, denn mit Modellen wie diesem bleiben die gut geschulten und hochqualifizierten Arbeitskräfte für das Unternehmen erhalten“, erläutert Personallandesrat Helmut Hirt die Beweggründe für die Initiative.



SPÖ Stmk

Personallandesrat Helmut Hirt

VSSTÖ

„Grundstipendien für alle Studierende“



Sophie Wollner ist die bundesweite Spitzenkandidatin des VSSTÖ für die Wahlen zur Österreichischen HochschülerInnen-schaft im Mai 2009.

die HochschülerInnen-schaft vorgenommen, der persönlichen Finanzkrise, in welche Studierende während ihres Studiums geraten, entgegenzutreten.

Die Finanzierung der eigenen Wohnung stellt für Studierende oft ein massives Problem dar – egal ob Studierendenheim oder Wohn-gemeinschaft. Der Wohn-ort bestimmt nicht nur Wohn-, sondern auch Studienbeihilfen. „Studierende, die an ihrem Heimatort studieren, bekommen weniger Studienbeihilfe als andere, der Staat ist scheinbar der Meinung, dass Studierende so spät wie



VSSTÖ-Spitzenkandidatin Sophie Wollner

„Ihre vierjährige Erfahrung in der ÖH, ihr bildungs- und sozialpolitisches Fachwissen sowie ihre Hartnäckigkeit qualifizieren Sophie – wie keine andere – dazu, Vorsitzende der ÖH zu werden“, erklärt Maria Maltschnig, VSSTÖ-Bundesvorsitzende. Thematisch hat sich der VSSTÖ für

möglichst weg aus dem Nest der Eltern sollten“, so Wollner. Gerade hier sieht sie Handlungsbedarf: „Wir fordern ein existenzsicherndes Grundstipendium für alle Studierenden sowie den flächendeckenden Ausbau der Wohnbeihilfe, auch für WG’s!“

ZUR PERSON

Eine qualifizierte Stimme für Studierende

Die 24-jährige Wienerin Sophie Wollner ist Spitzenkandidatin des Verbands Sozialistischer StudentInnen (VSSTÖ) bei den kommenden Wahlen im Mai. Die Studentin der Germanistik und Politikwissenschaften an der Uni Wien engagiert sich seit vier Jahren in der Uni-Politik: Von Juli 2005 bis Juni 2007 arbeitete sie für den VSSTÖ im ÖH-Sozialreferat, seit Juli 2007 ist sie stellvertretende ÖH-Vorsitzende der Uni Wien. Als Mitglied des ÖH-Vorsitzes der Uni Wien ist Wollners Arbeitsschwerpunkt die Verbesserung der Studentenberatung und der bildungspolitischen Arbeit der ÖH. Im Sozialreferat initiierte sie eine Broschüre für MigrantInnen. Seitdem ist ihr Hauptanliegen die Arbeit für bessere Studienbedingungen und gegen soziale Selektion. Die Spitzenkandidatin versteht die ÖH nicht nur als Serviceeinrichtung, sondern auch als politische Interessensvertretung.

WIEN

„Ich bin Wien“



Mit einer Medienaktion startete die Jugendbewegung „Ich bin Wien“ der Jungen Roten diese Woche. Unter diesem Motto sind Jugendliche dazu aufgerufen, sich zu fotografieren und somit zu zeigen, wie sie sind. Mehr dazu auf

www.ichbinwien.at.



Die Medienaktion der „Jungen Roten“ am Heldenplatz.

PVÖ

Keine marktwirtschaftlichen Experimente



Bei der sozialpolitischen Tagung des Pensionistenverbandes Österreichs betonte PVÖ-Präsident Karl Blecha, „dass die soziale Sicherheit – im Krankheitsfall, bei Pflegebedürftigkeit, bei Arbeitslosigkeit und bei den Pensionen – auf keinen Fall für marktwirtschaftliche Experimente geeignet ist.“ Blecha forderte bei dieser Tagung, an der auch Gesundheitsminister Alois Stöger und über 100 PensionistenvertreterInnen aus ganz Österreich teilnahmen, ein Gesundheitsförderungs- und -präventionsgesetz. „Gesundheitsvorsorge beginnt schon im Kindergarten und darf nicht aufhören!“, so Blecha. Und bei den Pensionen sei sicherzustellen, dass sie wertgesichert sind.



PVÖ-Präsident Karl Blecha



Privat

„Soft power“ hat Vorrang vor „hard power“

Univ. Prof. Heinz Gärtner über die Herausforderungen für eine sozialdemokratische Außen- und Sicherheitspolitik.



„Rüstungskontrolle und die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen sind Ecksteine der Sicherheitspolitik.“

Außen- und Sicherheitspolitik ist nicht wertfrei. Sie ist auch nicht unabhängig von Parteipolitik. SozialdemokratInnen sollten für die kommenden internationalen Herausforderungen einige Orientierungslinien formulieren. Dazu einige Vorschläge:

„Soft power“ hat Vorrang vor „hard power.“ Diplomatie sowie zivile und soziale Maßnahmen sind zielführender als militärische. Militärisches Handeln ist jedoch in Ausnahmefällen nicht ganz auszuschließen. Militär soll aber vor allem zum Schutz von Individuen und zum Wiederaufbau von Nachkriegsgesellschaften und nicht zur Vernichtung von Feinden eingesetzt werden. Das Prinzip der „menschlichen Sicherheit“ soll Leitlinie sein. Zivil-militärische Mittel sind zu bevorzugen. Ein Engagement europäischer Staaten in Afghanistan soll sich primär auf die Herstellung funktionierender Strukturen konzentrieren.

Österreich nimmt an Auslandseinsätzen teil, die vorrangig humanitären und Hilfscharakter haben. Eine militärische Beteiligung muss vom UN-Sicherheitsrat autorisiert sein. Der Einsatz der EU-Truppe im Tschad mit österreichischer Beteiligung, der Flüchtlinge schützen soll, entspricht diesen Anforderungen. Die Situation der vertriebenen Menschen in Dafur/Sudan wird die Europäische Union vor eine noch größere Herausforderung stellen.

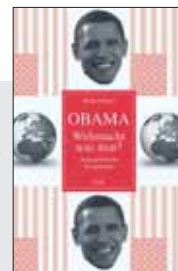
Österreich nimmt an der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der Europäischen Union und der Partnerschaft für den Frieden (PfP) der NATO teil, lehnt den Beitritt zu einem Militärbündnis aber ab. Die österreichische Neutralität ist dabei kein Hindernis, sondern verleiht Österreich die Glaubwürdigkeit, nicht in fremden Interessen zu handeln.

Multilateralismus, Gesprächsbereitschaft und globale Partnerschaft haben Priorität.

Unilaterales Handeln und der Einsatz von Gewalt müssen die Ausnahme bleiben. Engagement und Einbeziehung von anderen müssen Vorrang vor Isolation und Sanktionen haben. Aktuelle Beispiele sind der Iran und Nordkorea. Dem UN-Sicherheitsrat kommt in diesem Zusammenhang die Hauptverantwortung für die Aufrechterhaltung von internationalem Frieden und Sicherheit zu. Die Staatengemeinschaft muss primär durch internationale Organisationen handeln.

Rüstungskontrolle und die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, besonders Kernwaffen, sind Ecksteine der Sicherheitspolitik. Anzustreben ist eine Welt mit keinen oder möglichst wenigen Atomwaffen. Entscheidende Schritte dazu sind ein umfassender nuklearer Teststopp (CTBT), ein Abkommen zur weitgehenden Reduzierung nuklearer Sprengköpfe sowie Maßnahmen, die die Aufstellung von Raketenabwehrraketen (wie in Polen und der tschechischen Republik) überflüssig machen.

In der positiven Einstellung zu Europa gibt es keine großen Differenzen der großen Parteien. Die Prioritätensetzung aber ist wichtig. Es ist ein entscheidender Unterschied, ob sich eine Europapolitik an den oben genannten Prinzipien orientiert oder ob sie sich vorrangig für Militärinterventionen, Aufrüstung, Militärbündnisse, Sanktionen außerhalb der Vereinten Nationen einsetzt. ♦



Verlag
Kiepenheuer &
Witsch, Köln 2008.
19,50 €

Heinz Gärtner ist Universitätsprofessor am Österreichischen Institut für Internationale Politik (oiip) und Lektor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.

LESERBRIEFE

BMUKK



Unterrichtsinisterin Claudia Schmied will die Schulreform umsetzen – wenn es nicht anders geht, auch mittels einer Ausweitung der Unterrichtszeit für Lehrerinnen.

Als Fußballschiedsrichter hat Riegler besser gefallen

Gott sei's gedankt, dass nicht alle so jamern und der Meinung der Interessensvertretung anhängen! Ich bin der Meinung, dass Lehrer, welche für unsere Kinder ihren Beruf leben, ihre Berechtigung nach entsprechender Abgeltung haben, doch das Geschrei von Überlastung – primär von Pflichtschullehrern,

welche jahraus- jahrein die selben Sachgebiete unterrichten, ist unerträglich! Kann und darf es sein, dass Menschen mit soviel Frust auf unsere Kinder losgelassen werden? Eine grundlegende Änderung der Unantastbarkeit dieser Berufsgruppe wäre von Nöten! Als Fußballschiedsrichter gefiel mir der Gewerkschafter Riegler besser als in der Funktion, welche er zur Zeit ausübt!

Franz Wanitschek, Lunz am See

Es ist gut, Unterrichtszeiten zu thematisieren

Die Öffentlichkeit weiß zu wenig Bescheid über die Unterrichtszeit, die der Lehrer in der Klasse verbringt. Die Lehrer sollen in Wahrheit nicht zwei Stunden mehr arbeiten, sondern verbringen um zwei Stunden ihrer Arbeitszeit mehr in der Klasse, wo sie auch hingehören!

Peter Zink, Internet

Hochachtung für Schmied

Als ehemalige Lehrerin und Schuldirektorin und vor allem als ehemalige Bildungspolitikerin kann ich unserer Bildungsministerin –

nicht erst jetzt, – aber jetzt vor allem – nur meine ganz persönliche Hochachtung aussprechen.

Das Argument mit der Solidarität sehe ich zwar etwas differenzierter, weil es wiederum nur um die Solidarität jener geht, die nicht wirklich am Futtertrog sitzen (wo bitte bleibt die Forderung nach Solidarität an die Konzernmanager und Bankenvorstände gerichtet?). Aber die längst überfällige Bildungsreform vor standespolitische Interessen zu stellen, ist ein Gebot der Stunde.

Unsere Bildungsministerin hat in all ihren bisherigen Entscheidungen Weitsicht, Mut und Standhaftigkeit bewiesen. Die Sozialdemokratie darf auf eine solche Politikerin stolz sein. Ich wünsche ihr weiterhin Durchhaltevermögen und vor allem viel Unterstützung in unserer Gesinnungsgemeinschaft.

Tatjana Kaltenbeck Michl,
Internet

Schmied unterstützen

Es ist unheimlich wichtig, die Bildungsministerin zu mehr als 100 Prozent zu unterstützen, damit dieser Personenkreis wirklich zwei Stunden mehr in der Schule verbringt.

Dieter Haslinger, Internet

TERMINKALENDER

Montag, 16. März

„PatientInnenmobilität – Chance oder Risiko?“

Eine Diskussionsveranstaltung über die Gesundheitssysteme der Nationalstaaten und vor allem deren Krankenversicherungen mit Impulsreferaten von Corinna Kleinschmidt von der EU-Kommission, Franz Bittner, Wiener Gebietskrankenkasse und Bernhard Rupp, AK NÖ.

Anschließend findet eine Podiumsdiskussion statt, an der neben den oben genannten Personen auch Maria Berger, Delegationsleiterin der SPÖ-Europaabgeordneten und Thomas Kattinig, Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, teilnehmen.

Eingeleitet und moderiert wird die Veranstaltung von SPÖ-Gesundheitssprecherin Sabine Oberhauser, Gesundheitsminister Alois Stöger wird einleitende Worte sprechen.

**Beginn: 11 Uhr,
Palais Epstein,**

Dr. Karl Renner-Ring 1
1010 Wien

**Donnerstag, 19. März
(Berichtigung)**

**„Outside the metropolis:
Diasporics?“**

Die Veranstaltung im Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog hat bereits stattgefunden.

Dienstag, 31. März 2009

**Zweifel an der Ökonomie –
Vertrauen in die Politik?**

Die ökonomische Krise als politischen Auftrag will diese Veranstaltung des Renner-Instituts beleuchten. Nach einer Begrüßung vom Direktor des Renner-Instituts, Karl Duffek, wird der Professor des Instituts für Arbeitsmarkttheorie und -politik der Universität Wien, Herbert Walther, einen Vortrag halten. Kurzreferate dazu wird es unter anderem von SPÖ-Bundesgeschäftsführer unter anderem Günther Kräuter geben. Moderiert wird der Abend von der stv. Direktorin des Renner Instituts, Barbara Rosenberg. Im

Anschluss besteht die Möglichkeit zum Gespräch bei einem kleinen Imbiss.

Um Anmeldung wird gebeten: Renner-Institut, Abteilung Innenpolitik und politische Personalentwicklung, Tel: 01/804 65 01-0; post@renner-institut.at.

**Beginn: 18 Uhr,
Renner-Institut**

Khlesplatz 12
1120 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:
SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18
Chefin v. Dienst: Mag^a. Ute Pichler
Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Daniela Fazekas, Alexander Lutz, Peter Slawik, Sabine Weinberger
Layout: Thomas Lehmann, Bildredaktion: Emil Goldberg, Coverfoto: Fotolia (2), Bilderbox (2)
Bildbearbeitung: Max Stohanzl,
Sekretariat: Michaela Pavelka,
Tel: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH.,
1014 Wien, Löwelstraße 18
Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt
E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at
Homepage: www.spoe.at



100 Tage SPÖ-geführte Regierung – 100 Tage für die Menschen

Die SPÖ ist dort, wo sie hingehört – bei den Arbeitern dieses Landes. 100 Tage Regierung beging man deshalb nicht bei einem feierlichen Bankett, sondern in den Werkshallen der ÖBB in Simmering. Bundeskanzler Werner Faymann und die SPÖ-Ministerriege konnten sich im direkten Gespräch mit den Arbeitern über die Sorgen und Ängste der Menschen informieren.



Fotos: Ingo Pertramer